



Medieninformation

Gastkommentar zu den Hartz-IV-Beschlüssen der Regierung Merkel im September 2010

„Was aber ist ein Staat, der nicht für Gerechtigkeit sorgt, anders als eine große Räuberbande?“

(Großarlach, 27.09.2010) Nun ist es also raus – der Staat erzieht den materiell armen Teil seiner Bürger energisch zu Gesundheit und Wohlverhalten! Die bisher noch im Regelsatz von Hartz-IV-Empfängern enthaltene halbe Flasche Bier und eine Zigarette am Tag wird gestrichen; wohlhabenden Bürgern ist es dagegen auch künftig unbenommen, kräftig zu rauchen und zu trinken, damit Tabak-, Sekt- und Branntweinsteuern nicht zu knapp fließen.

Die dringend überfällige Anhebung der Regelsätze für Langzeitarbeitslose wird bei 5 Euro im Monat liegen; am Tag sind dies knapp 17 Cent. Darauf haben sich laut dpa (Deutsche Presse Agentur) die Ministerpräsidenten der Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Koalitionären verständigt. Ob bei der Veranstaltung unserer politischen Elite Raucher- und Alkoholtrinker/innen ausgeschlossen waren, berichtete die Agentur indes nicht.

Kann es sein, dass bei diesem Entschluss die Verausgabung der Kanzlerin bei der Bankenrettung eine Rolle spielte? Dass sie nach den Milliardengeschenken an die Banken nicht auch noch steigende Hartz-IV-Kosten vertreten kann? Verständlich wäre das ja durchaus. Den Euro ausgeben kann auch die Kanzlerin, obwohl als promovierte Alchemistin mit der Kunst des Goldmachens womöglich vertraut, ganz sicher aber mit Goethes Zauberlehrling, auch nur einmal.

Apropos Zauberlehrling: Es scheint tatsächlich so zu sein, dass die gerufenen Geister mit den Namen „soziale Spaltung“, „soziale Ausgrenzung“ und „Missachtung grundgesetzlicher Garantien“ nicht mehr abzuschütteln sind. Sie haften Frau Merkel an den Sohlen wie ein Menetekel. Was sich skurril liest, ist mehr als ernst. Denn diese Bundesregierung spart wieder einmal bei denen, die ohnehin nichts haben. Wohnkosten für ALG-II-Bezieher sollen sich am untersten Ende der Mietspiegel orientieren, ebenso die Heizkosten. Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher, das Elterngeld und die Rentenbeiträge für ALG-II-Bezieher werden wie Fördermittel

der Agentur für Arbeit gestrichen. Lebenschancen werden auf diese Weise zunichte gemacht. Und da es nicht für alle reicht, springen auch diesmal die Armen ein ...

Dabei ist schon jetzt die Lage für einkommensarme Menschen prekär: Die Regelsätze führten schon bisher zu einem Leben in Armut. Das Land Baden-Württemberg hat sich längst verabschiedet von ernsthaftem sozialem Wohnungsbau. Der Bestand an bezahlbaren Sozialwohnungen sinkt vor allem in Ballungsräumen seit Jahren. Die Mietobergrenzen für ALG-II-Bezieher sind vielerorts deutlich zu niedrig angesetzt. Heizkosten werden bereits jetzt oft nicht vollständig übernommen, entgegen der höchstrichterlichen Rechtsprechung, die eine vollständige Übernahme verlangt. Das alles treibt die betroffenen Menschen in eine Verschuldungsspirale. Die Evangelische Obdachlosenhilfe in Deutschland e.V. fürchtet, dass die Zahl der Wohnungslosen wieder steigen wird. Erschreckend ist, dass es trotz des Karlsruher Urteils (BVerfG vom 9. 2. 2010) weder eigene Kinderregelsätze gibt, noch dass Bildungskosten explizit in einen angemessenen Regelsatz einfließen.

Dabei gibt es keinerlei wirklichen Grund, arme Menschen in diesem Land so kurz zu halten. Die Wirtschaft brummt und ist laut Herrn Sinn (IfO-Institut) in „Champagnerlaune“. Die Steuern werden künftig wieder sprudeln, wenn auch zeitversetzt, sofern die Regierung dies nicht durch unsinnige Steuergeschenke à la Hoteliers verhindert.

Es ist schlicht unanständig und eine Schande, wie angesichts der positiven Wirtschaftsentwicklung mit den 7 Millionen Einkommensarmen in diesem Land umgegangen wird. Ein religiös im Pietismus verankerter Mensch wird sagen: darauf kann nicht der Segen Gottes ruhen! Merkels Amtsvorgänger und Ziehvater Kohl würde angesichts solcher Zustände wohl einmal mehr die geistig-moralische Wende einfordern: Und diesmal wäre ihm zuzustimmen. Ebenso wie Kirchenvater Augustinus, der fragte: „Was aber ist ein Staat, der nicht für Gerechtigkeit sorgt, anders als eine große Räuberbande?“ (Augustinus, De civitate Dei)

Gez. Wolfgang Sartorius

Herausgeber:	ERLACHER HÖHE, 71577 Großerlach
Ansprechpartnerin:	Andrea Hohlweck, Öffentlichkeitsreferentin Tel. 0 71 93 / 57 - 117
verantwortlich:	Wolfgang Sartorius, Vorstand Tel. 0 71 93 / 57 - 100
Datum und Zeit:	28/09/2010

Vielen Dank, wenn Sie unsere Arbeit durch Veröffentlichung unserer Pressemitteilung unterstützen. Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns einfach an!